Staat und Islam in Europa

Rede
von Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
im Rahmen der Otto-Karrer Vorlesung an der
Theologischen Fakultät der Universität Luzern
am 4. Mai 2007

Heute vor 514 Jahren legte Papst Alexander VI. in der Bulle *Inter caetera* die Demarkationslinie zwischen spanischen und portugiesischen Gebieten in der Neuen Welt fest. Wohlgemerkt, der Papst grenzte weltliche Territorien ab – auf Bitte einer europäischen Großmacht. Zu dieser Zeit teilten Staat und Kirche selbst Gebiete auf, die man noch gar nicht entdeckt hatte. So funktionierte das damals mit der globalen Integration: einfach den Meridian auf 38 Grad West verschieben, und alles westlich davon – einschließlich Amerika –, was noch gar nicht so richtig entdeckt war, wurde spanisch, und alles östlich – Afrika und Asien – wurde portugiesisch. Wiederum auf den Tag genau ein Jahr später, am 4. Mai 1494, landete dann der italienische Seefahrer in spanischen Diensten Cristóbal Colón, genannt Kolumbus, auf der neu entdeckten, also spanischen Insel Jamaika.

In dieser Zeit, Ende des 15., Anfang des 16. Jahrhunderts, wäre eine Rede zum Thema „Staat und Islam in Europa“ schnell zu Ende gewesen. „Der Staat“ wäre damals mehr oder weniger feudalistisch gewesen, „das Christentum“ als Religion des Westens einheitlich durch den Papst repräsentiert und der Islam die Bedrohung vor den Toren Wiens. Der Weg der Trennung von Staat und Religion ist in der Zwischenzeit in Europa ein blutiger gewesen, und es bedurfte noch einer langen, oftmals von Gewalt geprägten Geschichte, bis in Europa freie Bürger verschiedenen Glaubens friedlich miteinander und nebeneinander leben konnten. Wir brauchten ja gar nicht den

Islam zum Streiten. Das hatten wir schon zwischen den christlichen Konfessionen hinreichend geschafft.

Zwar wurden 1555 mit dem Augsburger Religionsfrieden die ersten Schritte auch hin zur Religionsfreiheit gemacht. Doch erst nach 30 grausamen Jahren eines innereuropäischen Krieges kam man 1648 zu der Erkenntnis, dass Staaten souveräne Gebilde sein sollten, die ihre inneren Angelegenheiten selbst regeln. Dass diese Grundvoraussetzung unseres modernen Staatsbegriffes – nationale Souveränität – in ihrer Übersteigerung auch nicht ohne Probleme war, zeigt die europäische Geschichte mit all ihren Kriegen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein.

Und jetzt löst sich diese Ordnung – die wir uns angewöhnt haben, die westfälische Ordnung zu nennen – in der Globalisierung, in Zeiten von *failing states*, internationalem Terrorismus und *asymmetric warfare*, nicht zuletzt als Übersteigerung im Zeitalter der Ideologien auch schon wieder teilweise auf. Aber das steht auf einem anderen Blatt. Das Verhältnis von Staat und Religion in Europa ist immerhin grundsätzlich im Sinne einer Absage an fundamentalistische Ansätze weitestgehend unbestritten.

Das ist das Ergebnis eines langen Ringens im christlich geprägten Europa, von der Reformation beeinflusst, Erbe der Aufklärung und heute auch in der römischen Kirche nicht mehr bestritten. Staat und Religion sind immer aufeinander angewiesen, aber sie sind doch rechtlich und politisch klar getrennt. Und das ist eine notwendige Voraussetzung für die Universalität der Menschrechte.

Rangen die Europäer über Jahrhunderte um das Verhältnis von Staat und christlicher Religion, so verliefen die Kontakte Europas mit dem Islam erst recht ambivalent. „Europa und der Islam – diese Gegenüberstellung hat immer etwas Konfrontatives," beginnt der italienische Historiker Franco Cardini sein gleichnamiges, noch unbeeindruckt vom islamistischen Terror geschriebenes Standardwerk. Und es stimmt: Die Feldzüge der Mauren, die Kreuzzüge des christlichen Abendlandes, die Expansion des Osmanischen Reiches oder die Auseinandersetzungen auf dem Balkan – das alles ist blutiger Teil europäischer Geschichte. Und es hat sich in das historisch-kulturelle Gedächtnis von Europäern so sehr wie von Muslimen eingebrannt.

Aber natürlich gab es auf der anderen Seite zwischen Muslimen und Europäern auch immer wechselseitige geistige, kulturelle, soziale Befruchtungen und Inspirationen. Muslimische Gelehrte waren Mitbegründer der geistigen Grundlagen des mittelalterlichen Europa, da sie nicht nur die Quellen des griechischen Denkens retteten und verbreiteten, sondern auch ihren eigenen Beitrag zu Kultur, Wissenschaft und Geistesleben erbrachten, wenn wir etwa nur an die Astronomie oder an die Medizin denken.

Die Spuren islamischen Lebens in Europa reichen also weit zurück. Muslime haben in vielfältiger Weise unsere Geschichte und unsere Kultur bereichert. Dass sich die religiös neutralen, freiheitlichen Staaten Europas heute in besonderer Weise des Dialogs mit den Muslimen annehmen, hat nun weniger mit dem kulturellen Erbe zu tun als vielmehr mit den drängenden Fragen des Zusammenlebens in der Gegenwart. Islamistische Bestrebungen forcieren die „Islamisierung“ Europas im Sinne eines – von der überwiegenden Mehrheit der bei uns lebenden Muslime nicht geteilten – totalitären Islam-Verständnisses.

Umgekehrt empfinden viele Muslime die gegenwärtige Globalisierung unter den Vorzeichen des westlichen Modells freiheitlicher Marktdemokratien als Affront gegen ihre religiös geprägten Werte. In Europa sind muslimische Zuwanderer mit den Anforderungen eines Gesellschaftsmodells konfrontiert, das sich von dem ihrer Herkunfts- oder Heimatländer erheblich unterscheidet. In diesem Spannungsfeld gegenläufiger Forderungen und Entwicklungen – wenn man so will: Islamisierung Europas versus Europäisierung des Islam – gewinnt das Verhältnis von Staat und Islam in Europa weit über religiöse oder rechtliche Fragen hinaus Bedeutung. Also ist das Verhältnis zwischen Staat und Islam zugleich von historischer Brisanz und von brisanter Aktualität.

Wenn ich den Blick für einen Moment in die Vergangenheit gerichtet habe, so aus folgendem Grund: Wenn es Jahrhunderte gedauert hat, das Verhältnis von Staat und christlicher Religion in Europa friedlich zu regeln – und es hat Jahrhunderte gedauert –, dann wäre es vermessen zu erwarten, dass sich die aktuellen Probleme zwischen Staat und Islam in Europa im 21. Jahrhundert gewissermaßen über Nacht oder ohne Kontroversen lösen ließen.

Bezüglich unserer Islamkonferenz, die wir im September in Deutschland begonnen haben, fragten gerade gestern einige Zeitungen, warum wir immer noch kein abschließendes Ergebnis hätten. Das ist aber nun wirklich Unsinn. Es wird schon ein paar Jahre dauern – hoffentlich keine Jahrhunderte, aber etwas mehr Zeit werden wir uns schon nehmen müssen, um noch ein wenig intensiver miteinander zu kommunizieren und zu diskutieren.

Die Frage, wie ein Staat und die in ihm ansässigen Religionsgemeinschaften – seien das nun Muslime oder Christen – ihr Verhältnis regeln, gleicht ein wenig der berühmten Gretchenfrage im Faust: „Nun sag, wie hast Du's mit der Religion?" In unserem Fall fragt Gretchen da nicht nach dem Bekenntnis von Dr. Faust, sondern eigentlich richtet der souveräne Staat die Frage an sich selbst: „Wie hast Du es, wie haben wir es mit der Religion?"

Wenn man nun bedenkt, was der Begriff „Gretchenfrage" eigentlich umgangssprachlich meint – nämlich eine Frage, die dem Gefragten eher unangenehm ist, da sie ein Bekenntnis verlangt, um das sich der Betreffende bisher herumgedrückt hat –, so ist die Frage, die uns der Islam stellt, vielleicht tatsächlich eine Gretchenfrage, um die wir uns in Deutschland gern ein bisschen herumgedrückt haben. Offenkundig ist aber ein weiteres Herumdrucksen beim Thema Staat und Islam keine sinnvolle Option. In Deutschland leben über 3 Millionen Muslime, und in der Schweiz hat die Zahl der Muslime dem Schweizerischen Statistischen Bundesamt zufolge zwischen 1980 und 2000 auch von 56.600 auf 310.800 zugenommen.

Ein Nebeneinanderher ist da nicht nur wenig wünschenswert, sondern es ist faktisch gar nicht mehr möglich. Die in jeder Hinsicht neuen Dimensionen von Zuwanderung von Muslimen in die christlich geprägten Staaten Europas stellt eben beide Seiten – Staat und Zuwanderer – vor die Herausforderung der Integration. Und so kommen wir nicht umhin, uns dem Verhältnis von Staat und Islam aus dieser Perspektive zu nähern. Denn ohne nachhaltige Integration drohen Probleme im Zusammenleben zu eskalieren.

Wir sehen dies auch daran, dass wir inzwischen auch Probleme mit Muslimen haben, die in Europa geboren sind und in der zweiten oder dritten Generation hier leben – oder auch mit Menschen, deren Vorfahren schon immer in Europa gelebt haben, die aber zum Islam konvertiert sind. Die Sicherheitsbehörden reden in diesem Zusammenhang vom Risiko des so genannten *homegrown* Terrorismus. Aber ich will Probleme bei der Integration von Muslimen keinesfalls auf das Problem des Terrors und seiner Bekämpfung reduzieren. Das wäre ein völliges Missverständnis und würde der Friedlichkeit der großen Mehrheit der Muslime, die nicht besser und nicht schlechter als die große Mehrheit der Christen ist, Unrecht tun.

Otto Karrer wusste um die Sprengkraft von unterschiedlichen religiösen Überzeugungen. Und diese Sprengkraft ist auf unserem verhältnismäßig kleinen und dicht besiedelten europäischen Kontinent natürlich besonderes groß. Andere – auch Amerika – haben es da ein Stück weit besser. Sie sind viel weniger dicht besiedelt und können so auch ohne größere Probleme schlicht nebeneinanderher leben, während wir das in der europäischen Dichte und Vielfalt nicht vermögen. Das ist europäische Geschichte.

Zu den Schülern von Karrer gehörte auch Karl Rahner, von dem der Satz stammt: „Die unbequemste Art der Fortbewegung ist das Insichgehen.“ Auch Karrer hatte das erkannt. Er wusste, dass er beim Dialog mit anderen Konfessionen bereit sein musste, sich selbst die Frage zu stellen: Was glaube ich eigentlich, wie sieht mein innerer Kompass aus? Genau dieses Infragestellen muss sich jeder gefallen lassen, der von Anderen Integrationsbereitschaft verlangt. Das ist die Voraussetzung für Dialog – auch und gerade mit dem Islam.

Wenn ich es richtig verstehe, versucht ja das Ökumene-Institut der theologischen Fakultät Luzern genau diesen Weg zu gehen – auch mit der Tagung, die Sie für das nächste Frühjahr zum Thema „Dialog statt Konfrontation“ zwischen Christentum und Islam geplant haben. Ich habe mit Interesse gelesen, dass in Luzern Gespräche zwischen dem Kanton und den islamischen Gemeinschaften auch über mögliche Organisationsformen geführt werden. Sie beschäftigen sich mit ganz ähnlichen Fragen wie wir in unserer Deutschen Islam Konferenz.

Ganz offenkundig hat – das zeigt ein Blick in andere europäische Staaten – die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Islam auch eine europäische Dimension. Die Frage „Wie hast Du's mit der Religion?“ steht – wie viele europäische Fragen – inzwischen auf der Tagesordnung. Sie war übrigens auch eine der umstrittensten Fragen in der Formulierung des Entwurfs eines europäischen Verfassungsvertrages, den wir so wahrscheinlich nicht haben, aber irgendwie wohl doch hoffentlich voranbringen werden.

Es ist eben so, dass Religion und Politik starke Identitätsstifter und vielen Menschen auch Herzensangelegenheit sind, die dazu einladen, aus innerer Überzeugung Trennlinien zu ziehen. Aber so sehr es sich bei Religion um eine persönliche Angelegenheit handelt, angesichts der Brisanz des Verhältnisses von Staat und Islam können wir uns in Europa der Antwort auf die Gretchenfrage nicht länger entziehen.

Wie also integrieren wir Menschen in unsere Gesellschaft, deren religiöse Identität sich zuweilen deutlich von unserer eigenen Identität unterscheidet? Und was bedeutet eigentlich dieser schillernde, oft gebrauchte und fast genauso oft missverstandene Begriff von Integration?

Wahrscheinlich ist es leichter, die zweite Frage vor der ersten zu beantworten. Worauf bezieht sich Integration? Wann können wir von gelungener Integration sprechen? Wenn man versucht, das abstrakt zu definieren, ist es ziemlich kompliziert. Das ist so ähnlich wie mit der Frage, was es eigentlich heißt, Schweizer oder Deutscher zu sein. Definieren Sie es einmal abstrakt! Mir ist der Berliner Theologe Richard Schröder sympathisch, der auf die Frage, was deutsch sei, einmal gesagt hat: nichts Besonderes, aber etwas Bestimmtes.

Also hat Integration etwas mit Zugehörigkeit zu tun: mit Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, mit gemeinsamen Erinnerungen, wahrscheinlich auch mit einem gemeinsamen Verständnis von der Zukunft, oder – wie es der vor kurzem verstorbene Soziologe Hondrich beschrieben hat – mit geteilten Gefühlen und emotionalen Beziehungen. Wir haben das im vergangenen Jahr bei der Fußball-Weltmeisterschaft gespürt. Und Sie werden es nächstes Jahr bei der Europameisterschaft noch einmal

spüren können. Die Weltmeisterschaft war wahrscheinlich eines der gelungensten Integrationsprogramme, die wir in Deutschland seit langem hatten.

Integration heißt nicht einfach Assimilation an ein althergebrachtes, europäisches Lebensmodell. Wenn wir die Wirklichkeit unserer Städte und Gemeinden anschauen, so ist vieles unendlich viel bunter, offener, vielfältiger als früher geworden. Und alles unterliegt einem schnelleren und tiefgreifenderen Wandel, als es wahrscheinlich die Angehörigen noch meiner Generation lange wahrgenommen haben oder wahrnehmen wollten.

Natürlich gab es auch früher zwischen Generationen unterschiedliche Vorstellungen davon, wie man lebt, und damit einhergehend auch immer Veränderungen in der Art zu leben. Aber ich habe schon den Eindruck, dass sich das Tempo der Veränderungen beschleunigt. Das mag auch – wenngleich sicher nicht nur – mit der Globalisierung zusammenhängen. Unsere Gesellschaften sind durch die zunehmende Vernetzung von Informationen und Menschen schnelleren Veränderungsprozessen unterworfen. Und weil Austausch und Vernetzung immer stärker auch über kulturelle und nationale Grenzen hinweg stattfinden, werden unsere Gesellschaften in sich heterogener.

Zu dieser Entwicklung, die im Wesentlichen auf dem technischen Fortschritt beruht, kommen noch die Brüche des 20. Jahrhunderts, die insbesondere in Mitteleuropa und natürlich vor allem in Deutschland die Menschen tief verunsichert haben. Das wirkt nach.

Beides zusammen führt zu einer gewissen Entwurzelung und dies wiederum dazu, dass bei vielen Menschen das Bedürfnis nach Orientierung und Nähe gerade in Zeiten der Globalisierung zunimmt. Die in früheren Zeiten stärker zu beobachtende kulturelle wie religiöse Assimilation beruhte vermutlich auch darauf, dass die Gesellschaften damals abgeschlossener und einheitlicher waren – und somit auch einheitlicher in ihren Lebens- und Wertvorstellungen –, während unsere gesellschaftliche Wirklichkeit heute viel offener ist.

Aber jede stabile freiheitliche Ordnung gründet sich auf ein möglichst hohes Maß an freiwilliger Übereinstimmung und gemeinsamen Vorstellungen. Das ist die Grundlage für Patriotismus – oder wie immer man es nennen mag. Man kann dies auch mit dem – zumindest in Deutschland – in diesem Zusammenhang viel zitierten Satz des Freiburger Rechtslehrers Böckenförde formulieren, nach dem die freiheitliche Demokratie auf Voraussetzungen beruht, die sie selbst nicht zu schaffen vermag – gemeinsamen Vorstellungen, wie man lebt, wie man zusammen lebt, wie man es miteinander aushält.

Je mehr an solcher Gemeinsamkeit vorhanden ist, umso weniger braucht man Staat, Reglementierung, Bürokratie und umso geringer ist die Gefahr, dass die freiheitliche Ordnung untergraben wird. Das ist für mich der Grund, warum wir ein hinreichendes Maß an Zugehörigkeit, Zusammengehörigkeit, Identität brauchen, warum Integration gelingen muss.

Um noch einmal Goethe zu zitieren: Was ist des Pudels Kern, wenn es um erfolgreiche Integration geht? Gemeinsame Identität, sagen manche, sei ein bisschen viel verlangt und sei auch zu kompliziert. Aber Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit sind meines Erachtens schon das Ziel von Integration. Vielleicht kann man es auch einfacher sagen: Menschen, die hier leben, sollten sich auch hier heimisch fühlen, sie sollten das Gefühl haben, hier daheim zu sein. Das bedeutet, sich wohl zu fühlen und vertraut zu sein.

Deswegen muss es gelingen, dass sich auch und gerade Muslime, die als Zuwanderer zu uns gekommen sind oder die schon in der zweiten, dritten, vielleicht sogar vierten Generation hier leben, sich hier sicher, zu Hause, daheim fühlen. In einem Europa, in dem sie sich nicht zu Hause oder gar ausgegrenzt fühlen, werden sich Muslime niemals integrieren wollen.

Also ist Integration keine Einbahnstrasse, sondern ein zweiseitiger Prozess. Sie setzt voraus, dass die Zuwanderer hier heimisch werden wollen. Wer das partout nicht will – das muss man auch sagen –, wer beispielsweise nicht will, dass seine Kinder – im Besonderen seine Töchter – in einer offenen westlichen Gesellschaft aufwachsen,

weil ihn daran vieles stört, der trifft eine falsche Entscheidung, wenn er auf Dauer in Mitteleuropa lebt. Man muss die Bedingungen des neuen Heimatlandes akzeptieren.

Aber umgekehrt müssen diejenigen, die schon länger hier leben, auch wollen und sich bemühen, dass die Zuwanderer heimisch werden. Und wir müssen wissen, dass sich dadurch auch unsere Lebensverhältnisse und damit wir selbst im Laufe der Zeit weiterentwickeln und verändern werden. Insofern ist Integration wirklich keine Einbahnstraße.

Wenn man sich also bemüht, von beiden Enden des Seils auf diesen gordischen Knoten der Integration zu blicken, dann wird deutlich, dass Integration beiden Seiten, den Aufgenommenen wie den Aufnehmenden, einiges abverlangt. Und ich denke schon, dass es nicht nur ein Gebot der Ehrlichkeit ist, diese Anforderungen beim Namen zu nennen, sondern auch der einzig vernünftige Weg, um tatsächlich zu einem Miteinander zu kommen.

Wahrscheinlich hat sich kaum jemand ernsthaft Gedanken gemacht in den 50er, 60er und 70er Jahren, als die Migranten zu uns kamen – die damals jedenfalls in Deutschland noch Gastarbeiter hießen –, wie es mit der Integration klappen soll. Als sie kamen, hatte zunächst auch kaum jemand die Vorstellung – die Gastarbeiter selbst am allerwenigsten –, dass sie auf Dauer hier bleiben würden.

Später ist man dann mehr oder weniger davon ausgegangen, dass sich die Anfangsschwierigkeiten irgendwie im Laufe der Jahrzehnte schon von alleine lösen würden, zumindest im Laufe der Generationen. So ist es ja auch in früheren Zeiten gewesen. Und natürlich hat das auch in vielen Fällen gut funktioniert. Aber bei den Zuwanderern, die etwa aus der Türkei nach Deutschland gekommen sind, ist der Integrationserfolg bis auf den heutigen Tag sehr unterschiedlich.

Es gibt viele, die sind gut, sehr gut integriert – ich habe heute mit Vertretern des türkischen Unternehmerverbandes gesprochen, da gibt es überhaupt keine Probleme. Aber viele sind es eben auch leider nicht. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass Menschen, die aus Anatolien gekommen sind, zwar günstige Arbeitskräfte waren – deswegen hat man sie ja auch angeworben –, aber auch geringere Chancen hatten,

sich in der Modernität einer mitteleuropäischen Gesellschaft zurechtzufinden. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob diese Menschen sich in Istanbul wirklich gut integrieren würden.

Paradoxerweise betreffen die Integrationsprobleme, die wir in Deutschland feststellen, die zweite und dritte Generation – also die Kinder und Kindeskinder der Zuwanderer – stärker als die erste Generation. Das ist in anderen europäischen Ländern ganz ähnlich, obwohl dort die Zusammensetzung der Bevölkerung, Migrationsursachen und die Verhältnisse zum Teil ganz unterschiedlich sind – in Frankreich und Großbritannien hat man beispielsweise das Sprachenproblem fast gar nicht.

Aber trotz vielfältiger Unterschiede in unseren Ländern verläuft die Entwicklung, dass die Integrationsdefizite von Generation zu Generation nicht kleiner, sondern größer werden, parallel. Offenbar machen viele junge Migranten die Erfahrung zu scheitern, unterlegen und ausgeschlossen zu sein. Das führt zu Abgrenzung und Rückzug und im schlimmsten Fall auch zu Spannungen und Gewalt.

Was also können wir tun, um diesen Kreislauf der Desintegration, der sich in vielen europäischen Staaten zeigt, zu stoppen? Um nur ein paar Stichworte zu nennen: Maßnahmen der Sprachförderung sind ein wichtiges Element zur Lösung der Integrationsprobleme, wobei ich schon erwähnte, dass Sprachkompetenz eine notwendige, aber – wie man an Frankreich oder Großbritannien sieht – keine hinreichende Bedingung für gelingende Integration ist.

Schulische Verbesserung und bessere Ausbildung hängen miteinander zusammen – und damit wiederum bessere Chancen der Integration durch den Arbeitsmarkt. Je mehr die Menschen im Arbeitsmarkt integriert sind, umso mehr bessert sich ihr Lebensstandard und ihre Teilhabe an der Gesellschaft. Das ist – neben den sozialen Kontakten zu Arbeitskollegen, die ganz wichtig sind – grundlegend für das Gefühl von Zugehörigkeit – übrigens wiederum auf beiden Seiten der Gesellschaft. Deswegen ist die Wirtschaft auch einer der besten Integrationsmotoren.

Darüber hinaus müssen wir den Menschen mit Migrationshintergrund auch vermitteln, dass der Staat Integration unterstützen, aber dem Einzelnen den eigenen Integ-

rationsprozess keineswegs abnehmen kann. Deswegen machen wir Angebote im Sinne von Fördern und Fordern. Die Hilfe des Staates kann den Einzelnen von seiner Verantwortung für sich nicht entbinden – und auch nicht die Eltern von der Verantwortung für ihre Kinder entlasten. Integrationspolitik kann immer nur fördernde Begleitung eines im Wesentlichen eigendynamischen Integrationsprozesses sein.

Deswegen muss man sich neben staatlichen Hilfen und Angeboten immer auch selbst in Pflicht und Verantwortung fühlen, sonst wird es nicht gelingen. Deswegen ist die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen in Deutschland nicht nur ein freiwilliges Angebot. Der staatlichen Unterstützung steht die Erwartung gegenüber, dass Zuwanderer – im eigenen wie im gesellschaftlichen Interesse – die Verantwortung für ihre individuellen Integrationsprozesse auch übernehmen.

Der frühere Präsident der Akademie der Künste in Berlin, György Konrád, hat diese Erwartungshaltung einmal so ausgedrückt: „Der Preis für ein Bleiben heißt Lernen. Ein Einwanderer muss viel lernen: eine Sprache, eine lokale Kultur, ein komplexes System von Rechten und Pflichten. Teilweise muss er seine eigenen Normen außer Kraft setzen. Nicht vergessen, nicht aufgeben soll er sie, jedoch nur in einem Maße befolgen, anwenden und bewahren, so dass die Normen des Aufnahmelandes nicht auf eine Weise verletzt werden, die heftigen Widerstand auslöst.“

Die so beschriebene Integration der Muslime in unsere vom christlichen Erbe geprägten europäischen Gesellschaften ist eine der Schlüsselaufgaben unserer Zeit, die für beide Seiten Veränderung bedeutet.

In meiner Heimat, in der Ortenau, am Rande des Schwarzwalds haben wir heute fast in jeder kleineren Stadt mit 6.000 bis 10.000 Einwohnern eine Moschee. Das war vor 20 Jahren noch völlig unvorstellbar. Insofern ist muslimisches Leben – nicht nur in Berlin und den großen Metropolen – Teil unserer Lebenswirklichkeit. Wir müssen das wissen, und wir müssen es akzeptieren. Das gehört zur Integration: Wir müssen lernen, miteinander zu leben.

Das ist auch der Sinn der Deutschen Islam Konferenz, mit der wir versuchen, eine institutionelle Beziehung zu den Menschen islamischer Religion in unserem Lande

aufzubauen. Wir können das, was in einer jahrtausendealten Geschichte zwischen Staat und christlichen Kirchen gewachsen ist, nicht eins zu eins auf den Islam übertragen, weil der Islam ganz anders organisiert ist und sich ganz anders versteht als die christlichen Kirchen. Aber wir müssen die Beziehungen zu Muslimen besser pflegen und darauf hinwirken, dass sich muslimisches Leben innerhalb unserer freiheitlichen Ordnung und innerhalb des Religionsverfassungsrechts unseres Grundgesetzes entfaltet.

Die Deutsche Islam Konferenz – die gestern wieder öffentlich tagte – ist ein auf längere Zeit angelegter Prozess. Wir tagen permanent in Arbeitsgruppen und alle halbe Jahre einmal öffentlich. Der Weg ist das Ziel: Die Diskussion unter den Muslimen in ihrer Vielfalt und zwischen Vertretern unseres Staates – Bund, Länder und Gemeinden – und der Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland ist der eigentliche Wert. Praktische Vereinbarungen im Einzelnen kommen dabei wahrscheinlich auch einmal heraus. Aber der eigentliche Wert ist dieser Diskussionsprozess, der im Verhältnis der beiden gesellschaftlichen Gruppen, aber auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaft selbst Wirkungen in Gang setzen soll und auch ein Stück weit schon in Gang gebracht hat. Insofern ist mir jede öffentliche Kontroverse über solche Fragen immer erwünscht, weil sie diesen Prozess voranbringt.

Alledem liegt der Gedanke zugrunde, dass der Islam eben nicht wie die christlichen Kirchen verfasst ist, dass es auch keine repräsentative Organisation der Muslime gibt. Wir können von staatlicher Seite auch nicht anordnen, wie sich Muslime zu organisieren haben. Das ist unserem Freiheitsverständnis völlig entgegengesetzt. Aber ebenso wenig können in Deutschland die Länder, die für den Schulunterricht zuständig sind wie in der Schweiz die Kantone, nach der Ordnung unseres deutschen Grundgesetzes einfach Islamunterricht in Schulen einführen, wenn sie nicht einen islamischen Partner dafür haben.

Wir begreifen Religionsfreiheit nach unserem Grundgesetz im Lichte unserer staatskirchenrechtlichen Erfahrungen mit den öffentlich-rechtlich verfassten Kirchen in Deutschland. Das ist eine ganz andere Situation als im laizistischen Frankreich. Unser Grundprinzip ist, dass der Staat Religionsunterricht nicht verordnet, sondern partnerschaftlich mit den Religionsgemeinschaften organisiert. Deswegen brauchen

wir eine Entwicklung in der islamischen Gemeinschaft, die sie partnerschaftsfähig macht. Dazu muss die islamische Gemeinschaft die Vielfalt und Verschiedenheit in ihren eigenen Reihen akzeptieren.

Wenn wir uns an die europäische Geschichte erinnern, sehen wir, wie viele Kriege wir in Europa zwischen unterschiedlichen christlichen Gruppierungen und Religionen geführt haben. Meines Erachtens ist, was politische Auswirkungen des Islam in der Weltpolitik in den kommenden Jahren betrifft, die ***innerislamische*** Auseinandersetzung die größere Sorge. Denn diese Auseinandersetzung wird vielleicht noch größer als die Auseinandersetzung zwischen dem Islam und Anderen. Auch deswegen ist wichtig, dass die Muslime möglichst schneller als die Christenheit in vergangenen Jahrhunderten lernen, mit dieser Vielfalt umzugehen, ohne dass es neue, gewalttätige Exzesse braucht.

Die Gründung des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland umfasst vier Verbände, die etwa 10 Prozent der Muslime vertreten. Also kann dieser Koordinierungsrat als Interessenverband natürlich nicht – das muss ich in aller Freundlichkeit sagen – der einzige Partner für den Staat in Deutschland sein.

Über alle diese Fragen diskutieren wir. Das zeigt, dass es gar nicht so leicht für Muslime ist, sich an das Religionsverfassungsrecht unseres Grundgesetzes anzupassen. Dennoch sind wir uns in der Islamkonferenz absolut einig, dass wir keine *lex islamica* in Deutschland brauchen, um eine gleichberechtigte Entfaltung des Islam zu ermöglichen, sondern dass die Ordnung unseres Grundgesetzes auch für Muslime eine geeignete Ordnung ist, wenn sie Pluralismus akzeptieren. Das müssen sie ohnedies, wenn sie in Europa heimisch werden wollen. Andernfalls werden sie nicht heimisch, denn wir sind nicht bereit, die Regeln von Toleranz, Offenheit, Vielfalt und Pluralismus zur Disposition zu stellen.

Die Deutsche Islam Konferenz hilft Muslimen, Voraussetzungen für eine Partnerschaft zu schaffen. Aber das heißt auch, dass Muslime, die auf Dauer in Deutschland, in Europa leben wollen, akzeptieren müssen, dass die Regeln gelten, die Voraussetzung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit sind. Alle muslimischen Vertreter in der Deutschen Islam Konferenz – ob in Verbänden organisiert oder nicht

– haben von sich aus betont, dass das Grundgesetz geradezu eine vorbildliche Ordnung für das Leben in Freiheit und Vielfalt sei, dass sie sich eben nicht eine andere Ordnung wünschen. Das ist Beweis dafür, dass sie die Vorzüge unserer von christlichem Erbe und christlichen Traditionen geprägten Ordnung der Freiheit und Toleranz verstehen und auch für sich akzeptieren.

Die Muslime können unsere Gesellschaft mitgestalten – aber das setzt voraus, dass sie auf die Scharia als politische Ordnung verzichten müssen. Auch deswegen haben wir mit der Deutschen Islam Konferenz den Dialog mit den Muslimen auf eine institutionalisierte Grundlage gestellt.

Dass wir miteinander im Gespräch sind, auch Sprachlosigkeit vergangener Jahre oder Jahrzehnte überwunden haben, wird von fast allen als Gewinn angesehen. Der Mensch ist – wie Aristoteles schrieb – ein *zoon logon echon*. Die Begabung zu Sprache und Vernunft ermöglicht ihm, sich politisch zu betätigen, sich einzubringen und Teil eines größeren Ganzen zu sein. Erst im Dialog – und das ist es, was Aristoteles meint – kann Sprache zu Verständigung führen.

Mein Eindruck ist, dass wir in grundsätzlichen Fragen eine gewisse Annäherung in diesem Prozess erleben. Sie betrifft zum Beispiel die Frage, welcher Stellenwert Religion in einer freiheitlichen und säkularen politischen Ordnung zukommt. Auch in so schwierigen Detailfragen wie der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts kommen wir – trotz mancher Hindernisse in der Organisationsproblematik – voran. Wir haben jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den konkreten rechtlichen Voraussetzungen befasst.

In einigen Bundesländern werden bereits Versuche durchgeführt, und ich bin ziemlich sicher, dass wir in wenigen Jahren die Voraussetzungen geschaffen haben, damit der Staat gemeinsam mit muslimischen Partnern islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache und von in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern aufgrund von Curricula, die mit dem Grundgesetz in völliger Übereinstimmung sind, einführen kann.

Wir sind uns auch einig, dass die Medien einen größeren Beitrag zum Abbau von Ängsten und zu mehr Bewusstsein für die Vielfalt auch muslimischen Lebens in unserer Gesellschaft leisten können. Auch wenn in vielen anderen Fragen noch intensive Klärungsprozesse vor uns liegen: Die Tatsache, dass wir in der Islamkonferenz Meinungsverschiedenheiten offen benennen, austragen und auch aushalten, ist schon ein Wert an sich.

Wenn man sich anschaut, wie die Vertreter der Verbände und die Vertreter muslimischen Lebens, die ich als Unabhängige oder auch Islamkritiker aus dem Islam eingeladen habe, zusammensitzen und miteinander streiten, dann sind wir auf einem guten Weg. Und nach jedem Streit bestätigen wir uns gegenseitig, dass wir genau in der gleichen Zusammensetzung fortfahren wollen. Ich mache auch immer wieder klar, dass ich eine Alternative hierzu nicht akzeptieren würde. Und so entsteht auf Seiten der Muslime auch ein neues Gefühl, wahrgenommen und akzeptiert zu werden.

Ich will noch eine Bemerkung zu der Frage machen, ob es dabei auch eine europäische Dimension gibt. Ich sagte ja, das Problem ist vielen europäischen Ländern gemeinsam. Und in der Tat ist der Islam nicht nur ein Teil Deutschlands und ein Teil der Schweiz, sondern ein Teil Europas geworden. Die Integration des Islam ist eine Herausforderung wirklich europäischer Größenordnung. Menschen zu integrieren, ihnen zu helfen, sich zugehörig zu fühlen, ist übrigens auch das, was das Zusammenwachsen unseres Kontinents insgesamt vorangebracht hat und was uns bei allen Irrungen und Schwierigkeiten eine der längsten Friedensperioden unserer Geschichte eingebracht hat und auch für die Zukunft ermöglicht.

Die Herausbildung einer gemeinsamen, europäischen, kulturellen Identität bleibt Voraussetzung und Folge dieses Prozesses zugleich. So erklärt sich, warum alle Fragen einer Erweiterung der Europäischen Union bis hin zur Frage der Mitgliedschaft der Türkei nicht nur Fragen der Finalität des europäischen Einigungsprozesses sind, sondern vielmehr auch Fragen der europäischen Identität. Was uns über Jahrzehnte zwischen europäischen Nationen mehr und mehr gelungen ist, muss uns heute und in Zukunft auch innerhalb unserer zunehmend heterogen gewordenen Gesellschaften gelingen – nämlich Integration durch Dialog.

Beide Fragen interkulturellen Dialogs – Förderung des Verstehens und Klärung offener Fragen des Zusammenlebens – erfordern neben der wechselseitigen Bereitschaft zum Verstehen des jeweils Anderen auch ein klares Verstehen der eigenen Position. Also müssen wir uns der kulturellen wie religiösen Wurzeln und Grundlagen europäischen Denkens und Handelns bewusst werden, wie sie sich über Jahrhunderte oder gar Jahrtausende entwickelt haben. Indem wir elementare Fragen staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung mit Angehörigen einer anderen als der christlichen Religion diskutieren, wird uns zugleich auch besser bewusst, in welchem Maße die Prinzipien des Zusammenlebens in unseren europäischen Demokratien von aufgeklärter christlicher Ethik geprägt sind.

Natürlich sind diese Werte und Prinzipien nicht allein dem christlichen Erbe geschuldet oder dem Christentum exklusiv zuzuschreiben. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir den Dialog mit Muslimen führen. Wir können unser Bemühen, Muslimen Wege in unsere Gesellschaft und zu mehr Teilnahme zu ebnen, auch als Chance verstehen, zu einem noch vielfältigeren Ganzen zusammenzuwachsen.

Der interreligiöse Dialog kann, wie auch Otto Karrer wusste und immer wieder gesagt hat, das notwendige Verstehen, das gegenseitige Verstehen, fördern. Er kann aber nicht politische Probleme lösen. Das bleibt dem Dialog zwischen Staat und Muslimen vorbehalten, der die Entfaltung des Islam innerhalb des Rahmens unserer freiheitlichen europäischen Verfassungsordnungen fördern soll. Ich habe auch bei der Deutschen Islam Konferenz immer großen Wert darauf gelegt, dass sie nicht missverstanden wird als ein interreligiöser Prozess. Den müssen Kirchen mit dem Islam führen. Der Staat führt bei uns nicht ***religiöse*** Dialoge. Wir führen als Staat einen Dialog mit Vertretern muslimischen Lebens in Deutschland.

Bei aller Dialogbereitschaft kann es keinen Zweifel geben, dass sich der Islam, wie er in unseren freiheitlichen Gesellschaften gelebt wird, im Sinne einer vollständigen Akzeptanz unserer Rechts- und Werteordnung entwickeln und damit insoweit auch „europäisieren“ muss. Wenn der Islam und weil er ein Teil Europas ist, muss er sich auch „europäisieren“. Nur wer jeden Absolutheitsanspruch ablegt, kann Teil einer pluralistischen, freiheitlichen und demokratischen Ordnung sein. Umgekehrt werden

die europäischen Gesellschaften lernen müssen, religiöse – nicht aber politische – Besonderheiten des Islam als Facette europäischer Lebenswirklichkeit zu akzeptieren.

Wie schwer all dies nicht nur in Deutschland fällt, zeigen Erfahrungen anderer europäischer Staaten und Gesellschaften: vom britischen *laissez-faire* über den nüchternen Ansatz einer Verkörperschaftlichung in Österreich – da gibt es ja eine öffentlich-rechtliche Körperschaft des Islam aus der Zeit des Habsburger Reiches – bis zum stärker assimilierenden Vorgehen unserer französischen Nachbarn und Freunde, die nun auch ihrer Probleme stärker bewusst geworden sind. Die Ansätze zur Integration von Muslimen und ihres Glaubens sind so vielfältig wie die historisch gewachsenen, kulturell und rechtlich verschiedenen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Teilen Europas.

Deshalb wird es eine europäische Religionspolitik auf absehbare Zeit nicht geben. Und es wäre auch nicht gut, wenn es sie geben würde. Was die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Islam anbetrifft, kann die Europäische Union nach unserer Überzeugung nicht wirklich als handelnder Akteur auftreten. Dafür sind die Unterschiede des jeweiligen Verhältnisses von Staat und Religion in Europa zu groß. Und deswegen ist auch dies ein Fall, in dem Subsidiarität das Prinzip ist, unter dem europäische Integration nur gewinnen kann.

Aber natürlich sollten die europäischen Staaten und Gesellschaften versuchen, voneinander über die Integration des Islam und der Muslime zu lernen. Deswegen haben wir diese Fragen auch zu einem der Schwerpunktthemen unserer Ratspräsidentschaft gemacht. Heute in einer Woche werden wir ein informelles Treffen der Integrationsminister der Europäischen Union in Potsdam haben, bei dem wir einen Vorschlag für einen strukturierten Informations- und Erfahrungsaustausch präsentieren wollen. Dies wird das erste Mal sein, dass sich ein politisch so hochrangig besetztes Gremium auf europäischer Ebene des interkulturellen Dialogs zwischen Staat und Islam annehmen wird.

Vielleicht steckt darin – wie in der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Staat und Islam in Europa insgesamt – eine Chance, dass wir uns der Werte und Prinzi-

pien europäischen Denkens und Handelns noch bewusster werden. In einer Welt verschwimmender Grenzen und sich verschärfender Konkurrenzen könnte das von Vorteil sein. So kommt dem interkulturellen Dialog in dem sich globalisierenden Bewusstseins- und Handlungsraum eine doppelte Bedeutung für Europa zu: nach innen die der Verständigung über das Zusammenleben innerhalb unserer freiheitlichen demokratischen europäischen Staaten und Gesellschaften, nach außen die der Verständigung über zwischenstaatliche Beziehungen auch, aber nicht nur mit der Türkei.

Beidem gemeinsam ist die Aufgabe, Verstehen und Verständnis herbeizuführen. Und das ist ganz im Sinne von Otto Karrer, der gemeinsame Lebensperspektiven in einer konfliktreichen Welt schaffen wollte. Denn am Ende wird allein mit dem Auftragen von Meridianen wie im Jahr 1493 kein Staat mehr zu machen sein.